Katholischer Deutscher Frauenbund

BESCHLUSS

Frieden und Sicherheit – Eine Positionierung des KDFB zur Debatte um Verteidigungsfähigkeit und Wehrpflicht

Frieden bewahren – angesichts aktueller internationaler Krisen und Konflikte, des Krieges in Europa und der Krise des Multilateralismus hat dieses Anliegen neue Aktualität bekommen. Die Frage nach Frieden weicht im politischen wie gesellschaftlichen Diskurs zunehmend den Fragen von Sicherheit und Verteidigung.

Allzu leicht geraten wir als Individuen dabei selbst in einen Kreislauf, in dem das positive Zukunftsbild einer friedlichen sowie sozial- und geschlechtergerechten Gesellschaft vom Schreckensbild einer Gesellschaft im Kampfmodus überdeckt wird, in der Zynismus die Oberhand gewinnt und die Rede von kriegerischer Gewalt normalisiert wird. Frieden und Dialog sind keine utopischen oder naiven Perspektiven, sondern müssen als zentrale Handlungsoptionen wachgehalten werden, ohne bestehende Bedrohungen auszublenden.

Als „Weberinnen der Hoffnung“ (Enzyklika „Magnifica humanitas“, MH 245) und „Handwerkerinnen des Friedens“ (Enzyklika „Fratelli tutti“, FT 231) verstehen wir es als unsere Aufgabe, „die Logik des Friedens hochzuhalten“ (MH 212), „Worte zu entwaffnen“ (MH 214) und uns für eine Gesellschaft einzusetzen, in der Gerechtigkeit als Voraussetzung für Frieden widerstandsfähig, demokratisch und institutionell abgesichert wird.

In den aktuellen Diskursen von der Krisenprävention über soziale, innere und äußere Sicherheit bis hin zu einer Wehrpflicht werden auch frauen- und gleichstellungspolitische Positionen neu verhandelt.

Logik des Friedens hochhalten

Der KDFB setzt sich seit seiner Gründung für einen gerechten Frieden ein, was sich beispielhaft in den Beschlüssen „Frieden fällt nicht vom Himmel – Frauen fordern Gerechtigkeit“ (2002) und „Frau. Macht. Frieden“ (2023) widerspiegelt. Gerechter Frieden im Kleinen wie im Großen, national wie international, entsteht nicht im luftleeren Raum. Er muss aktiv gesucht und gefördert werden. Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von kriegerischer Gewalt. Vielmehr ist Frieden Auftrag und fortwährender Prozess, der auf Gerechtigkeit zielt und auf Dialog, Gewaltfreiheit, Menschenrechten, Teilhabe und der Übernahme gemeinsamer Verantwortung beruht. Das Ziel täglicher Anstrengung muss es sein, in einer Welt zu leben, in der gesellschaftliche und zwischenstaatliche Konflikte gewaltfrei bearbeitet werden können. Zugleich sehen wir, dass sich Konfliktparteien gegen Dialog und gewaltfreie Lösungen entscheiden können und dass Krieg sowie Gewalt auch unsere Gesellschaft unmittelbar bedrohen und das Recht auf Selbstverteidigung zur Ultima Ratio wird.

Katholischer Deutscher Frauenbund e.V.
Bundesverband · Kaesenstraße 18 · 50677 Köln · Tel. 0221 860920 · Fax 0221 8609279
bundesverband@frauenbund.de · www.frauenbund.de

Pax-Bank Köln · IBAN DE05 3706 0193 0010 5510 13 · BIC GENODED1PAX
Vereinsregister 7538 (Amtsgericht Köln) · Steuer-Nr. 214/5859/0192

Als KDFB setzen wir uns für ein erweitertes Sicherheitsverständnis ein, für menschliche Sicherheit (*human security*): Im Mittelpunkt stehen die Würde, Rechte und Lebensbedingungen der Menschen – und nicht allein der Schutz staatlicher Souveränität und territorialer Grenzen. Daraus folgt für uns die Notwendigkeit, physisches Wohlergehen sowie soziale Sicherheit, multilaterale Strukturen und insbesondere die Vereinten Nationen als Institution der kooperativen Zusammenarbeit von Staaten zu stärken, um Konflikttransformation und Prävention zu sichern. Das Völkerrecht mit dem allgemeinen Gewaltverbot sowie die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des UN- Sicherheitsrates sind die Grundlagen eines internationalen, multipolaren Systems, das den Menschen und die für ihn lebensnotwendige Umwelt in den Blick nimmt. Zugleich gilt es, Entwicklungszusammenarbeit stärker als Instrument der Konfliktprävention und Konflikttransformation anzuerkennen und entsprechend zu stärken. Ein umfassendes Sicherheitsverständnis muss damit über militärische Sicherheit hinausgehen und soziale, wirtschaftliche, ökologische und politische Dimensionen von Sicherheit beinhalten.

Frieden sichern in Zeiten der Herausforderung

Aktuell beobachten wir global, dass die Vorbereitung auf Krieg und die zunehmende Militarisierung das Bemühen um Frieden mit gewaltfreien Mitteln zunehmend in den Hintergrund drängen. Statt politischer und diplomatischer Lösungsansätze für zwischen- und innerstaatliche Konflikte rücken Machtpolitik und die Durchsetzung nationaler Eigeninteressen in den Vordergrund, oft auf Kosten anderer. Angesichts einer Welt, die von zahlreichen bewaffneten Konflikten, geopolitischen Spannungen und einer zunehmend fragilen Ordnung geprägt ist, braucht es ein Verständnis von Frieden, das über die bloße Abwesenheit von Krieg hinausgeht. Für uns steht daher die zunehmende Abkehr Deutschlands von einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, die sich insbesondere in den finanziellen Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe zeigt, im Widerspruch zum Ziel eines umfassenden, nachhaltigen und geschlechtergerechten Friedens.

Bedingt durch die aktuelle Sicherheitslage in Europa, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch die Umbrüche in der internationalen Ordnung, rückt der militärische Krisenfall in Deutschland wieder in den Bereich des Vorstellbaren. Zudem folgen Kriege inzwischen neuen Logiken. Attacken im Cyberraum, Lahmlegung oder Zerstörung kritischer Infrastruktur oder gezielte Angriffe auf Zivilist*innen – der Angriff auf die Ukraine führt uns vor Augen, dass moderne Kriegsführung weit über die Kampfzonen hinausgeht und die Grenzen des Krieges verschwimmen lässt.

Sicherheit lässt sich nicht allein durch militärische Maßnahmen gewährleisten. Sowohl die Politik als auch die Zivilgesellschaft müssen sich darauf einstellen. Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Kirchen zeigt sich besonders in Kri-

sensituationen, in denen sie immer wieder bewiesen haben, schnell und effektiv handeln zu können. Denn gesellschaftliche Resilienz entsteht dann, wenn Menschen bereit und in der Lage sind, auch in Krisen füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Räume der Begegnung und des Austauschs stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglichen Verständigung über unterschiedliche Lebensrealitäten und fördern die Bereitschaft, Verantwortung füreinander sowie für unsere Gesellschaft im Ganzen zu übernehmen. Gesellschaftliche Verantwortung kann sich dabei in unterschiedlichen Formen zeigen – im sozialen Engagement, im Ehrenamt, im Zivil- und Katastrophenschutz ebenso wie in einem Wehrdienst.

Der Debattenbeitrag des KDFB

Die 2025 neu angestoßene Debatte um die Wehrpflicht mit Blick auf die militärische Verteidigungsfähigkeit greift für den KDFB zu kurz. Es geht nicht nur um den Schutz des Territoriums, sondern auch um den Erhalt einer breit angelegten gesellschaftlichen Resilienz.

Wir brauchen auch in Krisen und Katastrophen ein demokratisches Miteinander, das die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Solidarität stärkt. Diese müssen wir schon heute durch Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen verwirklichen. Das bedeutet, auf vielfältige Weise durch Dienste an der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, wobei die folgende Auflistung ausdrücklich nicht abschließend ist:

- Dienst in der Bundeswehr (Wehrdienst/Verteidigungsdienst)
- Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz
- Dienst im sozialen Sektor
- Dienst im ökologischen Bereich
- Dienst in kulturellen Bereichen.

Wir befürworten die Einführung eines verpflichtenden orientierenden Dienstes für alle jungen Menschen jeweils eines Jahrgangs, in dem Einblicke und erste Erfahrungen in all diesen Bereichen gesammelt werden können. Dieser für alle gleich vergütete, zeitgemäß gestaltete gesellschaftliche Pflichtdienst kann anschließend (oder auch zu einem späteren Zeitpunkt) individuell auf freiwilliger Basis in einem Bereich verlängert werden.

Ziel dieses vielfältigen gesellschaftlichen Dienstes ist es, Menschen zur Partizipation zu ermutigen und sie für das Gemeinwohl zu befähigen. Vielfältige Formen des Dienstes ermöglichen es den Menschen, entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten in all den herausfordernden Krisen handlungsfähig zu sein, die wir heute und zukünftig bewältigen müssen. Als Gesellschaft erfordert dies, unseren Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität nochmals zu intensivieren. Somit muss dieser Dienst selbst gerecht gestaltet werden: geschlechtergerecht, orientiert an der Vielfalt der Lebensrealitäten, gerecht in Bedeutung, Anerkennung und Vergütung. Nicht zu vergessen ist der Beitrag einer vielfältigen Dienstpflicht für Chancengerechtigkeit: Junge Menschen

können bisher unbekannte Interessen und Fähigkeiten entdecken, sich neue Perspektiven eröffnen und erhalten mehr Entscheidungsmöglichkeiten. Trotz der Pflicht bleibt die Wahlfreiheit grundlegend.

Ein grundlegender Pflichtdienst, der alle einschließt, zeigt, dass die Gesellschaft auf die Verantwortungsübernahme jedes*r Einzelnen angewiesen ist. Gleichzeitig kann er durch die freiwillige Verlängerung dazu beitragen, nicht nur den Wehrdienst, sondern auch gesellschaftlich wichtige Bereiche wie Pflege, Soziales, Kultur, Katastrophenschutz oder Ökologie zu stärken und die unterschiedlichen Formen des Dienstes am Gemeinwohl miteinander zu verbinden. In diesem Sinne appelliert auch die katholische Soziallehre an die Verantwortungsübernahme der Einzelnen für sich und andere Menschen sowie an die Solidarität.

Die Ausgestaltung dieses Vorschlags kann nach Überzeugung des KDFB nur im Dialog mit der jungen Generation gelingen und darf zugleich das Engagement der älteren Generationen nicht ausschließen. Deshalb ist es uns wichtig, jeder*m Bürger*in die Möglichkeit zu geben, sich für einen freiwilligen Dienst in jedem der genannten Bereiche zu engagieren, denn gerade in biografischen Übergängen sind Menschen offen und bereit, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Das ist eine wichtige Ergänzung zum bisherigen Ehrenamt und kann die Ehrenamtsförderung unterstützen.

Als KDFB betonen wir die Notwendigkeit, dass ein Dienst an der Gesellschaft die bestehenden Gender Gaps nicht verstärken darf. Politische Akteure dürfen sich nicht verleiten lassen, unter dem Mantel der Krisen- und Katastrophenvorsorge Rückschritte in der Gleichberechtigung zuzulassen. Die Debatte öffnet ein Zeitfenster im Sinne einer Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, um über die Verringerung der noch bestehenden Ungerechtigkeiten ins Gespräch und Handeln zu kommen.

Dem KDFB ist bewusst, dass er mit diesem Vorschlag einen Debattenbeitrag einbringt, dessen Umsetzung herausfordernd ist. Er tut dies jedoch in der festen Überzeugung, dass zur Verteidigungsfähigkeit auch der Erhalt der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit und Resilienz gehört. Im Ringen um einen guten Weg, das demokratische, freiheitliche Miteinander zu erhalten, ist der Blick zu weiten, um zum einen die Perspektive der menschlichen Sicherheit zu stärken und zum anderen einer „Versicherheitlichung[1]“ zu entgehen.

Der vorstehende Debattenbeitrag wurde in der KDFB-Bundesdelegiertenversammlung von den Delegierten gemeinsam erarbeitet und verabschiedet, 25.10.2026.

[1] Versicherheitlichung bezeichnet nach der Kopenhagener Schule die Darstellung politischer Themen als Sicherheitsbedrohungen, um außerordentliche Maßnahmen zu legitimieren, die reguläre demokratische Verfahren umgehen können. Ihr Gegenbegriff ist die Politisierung, bei der Probleme im Rahmen demokratischer Regeln und öffentlicher Debatten behandelt werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Glossar Versicherheitlichung („Securiziation“), https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/504345/versicherheitlichung-securitization/ Stand 26.10.2026).